

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.30 Uhr
Ende: 13.23 Uhr

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 12.30 Uhr den Vorsitz.

1) Sanierung und Reinigung des Naherholungsgebietes Bründlteiche

GRin. **Bergmann** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Werter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage betrifft die Sanierung und Reinigung des Naherholungsgebietes Bründlteiche. In den letzten Jahren ist das Gelände rund um die Bründlteiche sichtlich durch Müllablagerungen verunreinigt worden. Zäune, Durchgänge und die Brücke über den Bach sind äußerst sanierungsbedürftig. In der Gemeinderatssitzung am 22. September 2011 stellte ich daher im Gemeinderat einen Antrag betreffend die Sanierung und Reinigung des Naherholungsgebietes.

Als Beantwortung wurde mir die Stellungnahme des Naturschutzbeauftragten, Herrn Dr. Wolfgang Windisch, am 15.11.2011 übermittelt. In der heißt es, dass das Grundstück im Eigentum des Landes Steiermark ist. Da es jedoch für die Stadt Graz ein unverzichtbares Naherholungsgebiet ist, empfiehlt Dr. Windisch der Stadt, gemeinsam mit dem Grundeigentümer einen Sanierungs- und Pflegeplan zu erstellen und dabei die nötigen Serviceeinrichtungen der Stadt Graz miteinzubeziehen.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs, Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, mit den zuständigen Stellen in Stadt und Land den vorgeschlagenen Sanierungs- und Pflegeplan zu initiieren und für dessen Umsetzung zu sorgen (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf gleich direkt antworten. Die Sanierung und Reinigung des Naherholungsgebietes Bründlteiche wird im Zusammenhang mit einer naturschutzabgestimmten Nutzung Ende Februar Gegenstand einer vom Leiter des Bildungshauses St. Martin einberufenen Begehung sein. Diese Initiative stellt den ersten Schritt für eine nachhaltige Verbesserung dar, weil die Umsetzung vom Verfügungsberechtigten des Grundeigentümers aus erfolgen soll. In Kooperation mit der Initiative der bereits vor Ort tätigen Waldpädagogik soll auch ein dauerhafter Lernort geschaffen werden. Die Berg- und Naturwacht wird an Wochenenden kontrollierend, aber auch aufklärend wirken. Nach Festlegung der Verantwortlichkeiten kann dann allenfalls eine Projektbeteiligung durch die Stadt Graz geklärt werden. Das teilt mir jetzt der Herr Dr. Wolfgang Windisch mit, das heißt, wir sind an der Sache dran, und Ende Februar bei diesem Termin werden die ersten Schritte eingeleitet.

GRin. **Bergmann**: Dankeschön. Keine Zusatzfrage.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 12.33 Uhr den Vorsitz.

2) Ankauf der 4 HLF für die BF

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StRin. Mag^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin! Selten hat es eine Anschaffung der Stadt Graz gegeben, die öfters beschlossen wurde als die schon mehrmals hier besprochenen 4 HLF, nämlich bis jetzt vier Mal. Zurzeit liegen vier Beschlüsse vor. Es würde den zeitlichen Rahmen einer Stunde sprengen, auf die unendliche Geschichte dieser, unter Anführungszeichen, „Anschaffung“ eingehen zu wollen.

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs richte ich deshalb an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

Frage:

Wie ist der neueste Stand der Dinge bei der Anschaffung der vier HLF für die BF Graz (Applaus FPÖ)?

StRin. Mag^a **Grabner**: Werter Herr Gemeinderat! Vielen Dank für Ihre Frage. Ein neues Jahr hat begonnen und auch einen neuen Stand haben wir zu diesem Thema. Und zwar, wie bereits mitgeteilt, wurden im Sinne einer effizienten Mittelverwendung der Stadt Graz im Rahmen der aktuell in Erstellung befindlichen Feuerwehrstudie des Rinke-Sicherheitsunternehmens Beratung ein Auftrag zur

kritischen Durchsicht und Prüfung des Lastenheftes zur Ausschreibung der HLF für die Berufsfeuerwehr erteilt. In Absprache, selbstverständlich auch mit der Magistratsdirektion, mit unserem Herrn Magistratsdirektor, hat die Branddirektion Firma Rinke mit den nötigen Informationen zur Überarbeitung versorgt. Am 26. Jänner, das heißt, in Kürze, gibt es nun einen Termin gemeinsam mit der Magistratsdirektion, mit Herrn Martin Haidvogel, mit der Firma Rinke, mit Herrn Branddirektor und mit mir, um die ersten Ergebnisse der Prüfung der Fragestellung zu präsentieren, ob die technischen Anforderungen an Fahrgestell und Aufbau sowie der Beladungsumfang bei der ursprünglichen Fahrzeugkonzeption bedarfsgerecht war oder es finanzielle Optimierungsmöglichkeiten gibt. Mit diesen konkreten Empfehlungen werden wir dann antworten und ich darf Ihnen dann gerne selbstverständlich die Ergebnisse kundtun beziehungsweise auch präsentieren, nachdem wir uns beraten haben, wie die weitere Vorgehensweise zu diesem Thema ist.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Stadträtin, mir ist ja bekannt, bevor Sie dieses hohe Amt hier in der Stadt Graz angetreten haben, waren Sie in der Wirtschaft tätig und Sie sind ja auch politisch für die Wirtschaft verantwortlich. Und normalerweise ist es in der Wirtschaft ja so, dass zuerst eine Studie gemacht wird und dann wird eine Anschaffung getätigt. Hier scheint es so gewesen zu sein, dass man zuerst eine Anschaffung beschlossen hat und dann eine Studie gemacht hat. Wer ist für diese, aus meiner Sicht, für diese Panne verantwortlich (*Applaus FPÖ*)?

StRin. Mag^a **Grabner**: Wie Sie richtigerweise gesagt haben, ja, das ist korrekt, ich habe davor 18 Jahre in der Wirtschaft gearbeitet und wie auch in verschiedensten wirtschaftlichen Unternehmungen ändert sich die wirtschaftliche, nicht nur die

wirtschaftliche Lage auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, auf welche man dann, wir haben es alle erlebt, auch im Speziellen 2008, reagieren muss und nicht nur weiter agieren, mit Studien die bereits vorgelegt wurden. Das heißt, die Rahmenbedingungen haben sich geändert und dadurch kam es zu neuen Ausschreibungen beziehungsweise zu neuen Studien und auch zu neuen Implementierungen im Rahmen der Feuerwehr (*Applaus ÖVP*).

3) Finanzieller Aufwand der Reise zur UNESCO Creative Cities Network Conference in Seoul

GR. **Schröck** stellt an StRin. Mag.^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Stadträtin! Sie haben, entgegen der üblichen Usancen der Stadt Graz auf Ihre Weltreise nach Seoul ihren führenden Mitarbeiter mitgenommen. Darum auch meine

Frage:

Wie hoch waren im Gesamten die Kosten für die Reise und den Aufenthalt zur beziehungsweise bei der UNESCO Creative Cities Network Conference in Seoul, welche zwischen 16. und 18. November 2011 stattfand und im Speziellen die Kosten für die Begleitung Ihres von mir geschätzten Büroleiters zu dieser Veranstaltung?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Lieber Herr Gemeinderat, Georg! Schade, dass du deine Frage einmal vorweg nicht nutzt, um dich über den Hintergrund auch dieser Reise zu informieren. Es scheint, dass die produktive Arbeit, die wir geleistet haben, und zwar

war es auch ein Mears round Table und die International Conference, wo 30 Länder beziehungsweise Städte daran teilgenommen haben, das dich das nicht interessiert, auch die Realisierung von Chancenpotentialen, das finde ich ein bisschen fragwürdig. Dennoch gerne folgende Information. Ich durfte in Vertretung unseres Herrn Bürgermeisters die Stadt Graz beim UNESCO Städtenetzwerk, in welchem, wie gesagt, über 30 Städte vertreten waren, unter anderem auch UNESCO Secretary Francesco Bandarin, Bürgermeister von Montreal, Bürgermeister Santa Fe, Lord Mayor von Dublin und viele, viele mehr. Hier wurden alle Bürgermeister, nicht nur zum Round Table eingeladen, es wurde auch darüber diskutiert, besprochen, wie in dem Netzwerk weitergearbeitet wird. Des Weiteren haben wir ergänzende Programmpunkte gehabt, beispielsweise bei unserer Zweigstelle unseres Top-Unternehmens AVL, Kunsthalle in Cheon und zwar in Stadtentwicklungsprogramm außerhalb von Seoul und viele, viele andere Termine noch mit Außenhandelsdelegierten und auch dem Botschafter. Genehmigt wurde die Reise selbstverständlich im Vorfeld durch unsere Stadtregierung, BZÖ ist ja nicht in der Stadtregierung, aber man hat Einsicht, auch über die Protokolle meines Wissens. Eine entsprechende Meldung der Reiseanträge an das Präsidialamt ist natürlich ergangen, drei Nächtigungen wurden, denn die Stadt Seoul hat eingeladen zu dieser Conference, übernommen. Die Gesamtkosten für die Stadt, für beide Personen beliefen sich auf 5.308,70 Euro. Aber nun auch zu deiner gestellten Frage, fragwürdige Begleitung und zu meinem Nutzen des Büroleiters. Wir sind in Vertretung unserer Stadt dieser Einladung gefolgt, auch einem Netzwerk beigetreten und sowohl das Bürgermeisteramt, auch das Referat für internationale Beziehungen, all jene, die sich für einen professionellen Gesamtauftritt in der steirischen Landeshauptstadt sicherstellen wollen, hat man auch niedergeschrieben, dass, sowohl der Herr Bürgermeister als auch die Stadtsenatsreferenten sollten bei Auslandsreisen das Erfordernis einer Nachbearbeitung erwarten lassen, grundsätzlich von einem Büromitarbeiter, einem fachzuständigen Experten des Hauses Graz oder einem Mitarbeiter des RIB begleitet werden. Die seriöse Vorbereitung fachlich und organisatorische Begleitung und fundierte Nachbereitung einer Auslandsreise sind

unverzichtbare Bestandteile eines professionellen Außenauftrittes der Stadt Graz
(*Applaus ÖVP*).

GR. **Schröck**: Ich darf meine Zusatzfrage ebenso ausschweifend jetzt ausführen wie du diese Beantwortung. Du hast mir vorhin...

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf darum ersuchen, eine Zusatzfrage zu stellen.

GR. **Schröck**: Gut, ich sehe ein, Herr Bürgermeister, deine Stadträte sind gleicher als andere. Du hast mir vorhin aber das Interesse abgesprochen, Interesse hätte ich schon gehabt, wie es dort verlaufen wäre, es wäre auch deine Aufgabe gewesen, diesen von dir so benannten Erfolg der Stadt Graz dort auch medial zu verkaufen und es war bislang gelebte Praxis von Stadträten, Mitarbeiter eben nicht auf diese Reisen mitzunehmen und deswegen frage ich dich explizit, welche politischen und oder fachlichen Begebenheiten, denen du auch alleine nicht gewachsen gewesen wärst, haben es tatsächlich nötig gemacht, hier deinen Mitarbeiter mitzunehmen. Es stimmt schon, ich habe da eine Liste von Beispielen.

StRin. Mag.^a **Grabner**: Herr Gemeinderat, Georg! Es ist nicht zu meinem und unserem Nutzen der Stadt Graz, alles medial auszuschlachten, denn es geht um inhaltliche Themen und Thematiken, es geht um eine internationale Konferenz, es geht um Bürgermeister weltweit von 30 Ländern, wo wir in unserem Netzwerk vertreten sein

dürfen, dazu Punkt A) und zu Punkt B), ich darf es gerne noch einmal vorlesen, was auch in der Stadt Graz niedergeschrieben wurde von der Magistratsdirektion, auch seitens selbstverständlich des Bürgermeisteramtes. Sowohl der Herr Bürgermeister, als auch die Stadtsenatsreferenten sollen bei Auslandsreisen, die das Erfordernis einer Nachbearbeitung erwarten lassen, grundsätzlich von einem eigenen Büromitarbeiter, einem fachlich zuständigen Experten des Hauses Graz oder einem Mitarbeiter des RIB begleitet werden. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Auch ich werde, wenn ich, selten aber doch, ins Ausland fahre von einem Mitarbeiter begleitet und auch viele andere Regierungsmitglieder, es ist also keine Usance oder es ist nicht üblich, dass wir alleine uns in ein Flugzeug setzen und auch tausende Kilometer fliegen und ich denke mir auch, dass es auch mehr als verständlich ist und es ist, wie gesagt, auch in unseren Richtlinien so festgehalten.

4) Gesundheits- bzw. umweltrelevante Belastungen durch den öffentlichen Verkehr in Graz, insbesondere von Straßenbahnen

GR. Mag. **Mariacher** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Es geht um ein Thema, mit dem sich nicht nur die TU Graz, sondern die TU Wien beschäftigt, aber anscheinend die ressortzuständige Vizebürgermeisterin nicht, obwohl sie das Thema Feinstaub bei allen möglichen medialen Auftritten immer in die Wege leitet beziehungsweise immer wieder thematisiert. Nämlich es geht um die gesundheits- und umweltrelevante Belastung durch den öffentlichen Verkehr in Graz. Insbesondere von Straßenbahnen.

Wie erinnerlich habe ich bereits vormals zu diesem Thema öffentlichen Verkehr, Feinstaub darauf hingewiesen, dass es - insbesondere aufgrund der einschlägigen wissenschaftlichen Studie des international renommierten Univ.-Prof. Dr. Hans-Peter Lenz aus Wien aus dem Jahre 2007 - heute als Stand von Wissenschaft und Forschung anzusehen ist, dass aus der durch „schienegebundene Öffis“ verursachten Feinstaubbelastung ein substantieller und akuter Handlungsbedarf erwächst.

In Wien wurde 2007 ein durch den Autoverkehr verursachtes PM10-Aufkommen von rund 535 Tonnen Feinstaub gemessen. Dem gegenüber stand ein durch die Wiener Linien verursachtes PM10-Aufkommen von 482 Tonnen Feinstaub gegenüber, der zu 417 Tonnen aus zermahlenem Brems sand und zu 65 Tonnen aus anderem Abrieb, wie Verschleiß von Rädern, Bremsen und des Fahrdrachtes (Oberleitung) etc., stammt.

Das heißt, im Segment des Verkehrs ist das Auto zur Straßenbahn-Proportion bei PM10 in 2007 in Wien bei 53% zu 47% gelegen, also ungefähr fast auf gleicher Augenhöhe.

Betreff der PM10-Relevanz ist anzumerken, dass der zermahlene Brems sand sich hinsichtlich seiner Massenverteilung vom Sub-Mikronbereich weg über den PM 2,5-Mikronbereich bis zum genannten 10-Mikronbereich solcherart verteilt, dass dieser in allen Größenbereichen und daher in allen lungenabhängigen Bereichen präsent ist.

Meine konkrete

F r a g e

lautet: Werden in Ihrem Verantwortungsbereich, und wenn ja, in welchem Umfang, ich bitte um Bekanntgabe jener in den letzten drei Jahren gemittelten Verbrauchsmengen in Jahrestonnen,

- Brems-Sande mit deren kanzerogen relevanten Feinstaubeffekten
- sowie allfällig weitere in der Feinstaub-Messwerterhebung aufscheinende gesundheits- und/oder umweltrelevante Stoffe, wie

metallische und/oder mineralische/gebundene Verbrauchsmittel, Verschleißteile, insbesondere auch Mineralölprodukte wie zum Beispiel Schmiermittel etc.

derart eingesetzt, dass es zu einem Verbrauch-Saldo aus Zufuhr/Beschaffung und Entsorgung kommt, das heißt, eine Emission während des Betriebes stattfindet beziehungsweise eine Verteilung im näheren beziehungsweise weiteren Umfeld entlang der Verkehrswege erfolgt?

Ich weiß, die Frage ist sehr lange, aber ich habe mir erlaubt, der Frau Vizebürgermeisterin diese Anfrage bereits vor einer Woche zu übermitteln, dass sie sie genau studieren konnte und sicher eine Antwort für mich vorbereitet hat. Danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Danke für die Vorausübermittlung der Anfrage, denn es ist tatsächlich eine ziemliche Herausforderung, nicht nur für mich, die Frageformulierung so umzusetzen, dass man sie dann auch gut beantworten kann, aber ich hoffe, es ist uns gemeinsam gelungen mit der Holding Graz. Ich versuche das jetzt zusammenzufassen. Zuerst möchte ich noch eine Aussage dazu tätigen. Niemand behauptet, dass der öffentliche Verkehr keine Emissionen verursacht, aber in der Verhältnismäßigkeit, wie viele Personen befördert werden durch den öffentlichen Verkehr zu dem, was dadurch verursacht wird, haben wir schon einmal andere Dimensionen, das heißt, der öffentliche Verkehr dem Auto gegenüberzustellen und zu sagen, er verursacht gleich viel ist eine sehr kurz gelebte Variante. Brems sand, und das ist in allen Straßenbahnstädten auf der ganzen Welt dasselbe Thema, ist im gesamten Eisenbahnwesen ein unverzichtbarer Betriebsstoff, da aus Sicherheitsgründen insbesondere bei feuchten und verschmutzten Schienen sowie bei Gefahrenbremsungen zur Erhöhung des Reibwertes zwischen Rad und Schiene im Interesse eines möglichst kurzen Bremsweges unverzichtbar ist. Durch die ständige Weiterentwicklung der Fahrzeugtechnik erfolgt die Abgabe heute in der Regel elektronisch gesteuert, das eben nur wirklich dort, wo ganz dringend erforderliche

Menge da ist, diese zum Einsatz gelangt. Damit bemühen sich die Graz Linien bestmöglich, allfällige negative Effekte gering zu halten. In Mittel der letzten 4 Jahre, und das ist durchaus ein beachtlicher Wert, teile ich ja Ihre Ansicht, es geht nicht um wenig, geht es da um 218 Tonnen Bremsand pro Jahr, die bezogen wurden. Durch die permanente Reinigung unserer Gleisanlagen wird ein erheblicher Teil wieder aufgesaugt und fachgerecht entsorgt. Ein weiterer Anteil des freigesetzten Bremsandes wird durch die Straßenreinigung erfasst und von der Fahrbahnoberfläche entfernt. Wenn es dann regnet usw. kommt das noch dazu. Eine genaue Aussage allerdings über diesen Saldo, den Sie ansprechen, welche Menge Bremsand tatsächlich entsorgt wird, ist nicht möglich, weil natürlich im Zuge einer Schienenreinigung auch alle anderen Mittel, Schmutzanteile, Rollsplitt etc. mitentsorgt werden. Das heißt, allein die Graz Linien abseits von der Stadtreinigung entsorgen Material aus dem Gleisbereich in einer Größenordnung von jährlich zirka 356 Tonnen. Abgesehen davon, dass hier mehr als nur Bremsand anfällt, ist noch auszuführen, dass auch der Wassergehalt des entsorgten Materials natürlich wesentlich höher ist als der des trockenen Bremsandes im Anlieferungszustand. Detailliertere Angaben zur Entsorgung und zum Verbleib des Bremsandes, also im Verhältnis zu den anderen Mitteln, die aufgereinigt werden, sind dadurch leider nicht möglich (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sie haben angesprochen, dass es natürlich moderne Straßenbahnen gibt, die weniger Quarzsand benötigen. Ich möchte die Zusatzfrage an Sie stellen, nachdem Sie auch das selber nicht erwähnt haben und auch sonst bei Pressekonferenzen eigentlich das Thema niemals von sich aus angeschnitten haben. Warum werden oder wurden alte Straßenbahnen, die immer noch in Graz in Betrieb sind, warum werden die nicht entsprechend nachgerüstet, um hier zumindest in einem ersten Schritt die Menge des verwendeten Quarzsandes zu reduzieren. Ich habe auch auf eine andere Alternative bereits mehrfach hingewiesen, den Einsatz von

E- betriebenen Autobussen, wo überhaupt kein Quarzsand verwendet wird, das also auch umwelt- und gesundheitstechnisch eine wesentlich bessere Alternative wäre. Der erste Schritt des Nachrüstens, das weniger Quarzsand verwendet wird, wäre aus meiner Sicht das Gebot der Stunde.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich fange mit dem Zweiten an. In dieser Stadt gab es schon vor vielen Jahrzehnten die Entscheidung, eine Straßenbahnstadt zu sein, weil wir auch davon wissen und das wissen Sie genauso gut, dass mit der Straßenbahn wesentlich mehr Menschen effizient befördert werden können. Also diese Entscheidung ist ein, wo wir auch mit allen weiter folgenden Entschlüssen in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Richtung ganz klar uns so ausgemacht haben. Das Thema Busbeschaffung neu beschäftigt uns sowieso, da sind Sie sie ja auch informiert. Die zweite Fragestellung, wie weit es bei alten Straßenbahnen Umrüstungen gegeben hat, die kann ich Ihnen jetzt hier nicht ad hoc beantworten, kann ich Ihnen aber gerne nachreichen.

5) Mehr soziales Graz

GR. **Hohensinner** stellt an StRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, liebe Martina! Meine Frage betrifft das Konzept der Sozialraumorientierung, das deine Vorgängerin auch im Sozialamt eigentlich umsetzen wollte, und es ist ja schon öfter in diesem Gemeinderat nachgefragt worden, was nun aus dem Sozialamt geworden ist. Ich möchte jetzt nicht irgendwie nach dem Motto „und täglich grüßt das Murmeltier“ bei Null anfangen, sondern habe mir das Protokoll ausdrucken

lassen und habe da die Beantwortung auf die Frage von Hentz/Baumann genauer angeschaut und zwar, da wird von dir thematisiert, dass die Vorplanungen der Sozialraumorientierung mit dem Datum 25.9.2008 abgeschlossen wurde. Das Jugendamt begann dann mit den Umbauarbeiten im Amt, zu deinem Amt hast du gesagt, liebe Martina, im Bereich des Sozialamtes hat es dieses Folgeprojekt nicht gegeben, dazu möchte ich zwei Gründe anführen. Ich möchte einfach diese zwei Gründe kurz erörtern. Der erste Grund, die bedarfsorientierte Mindestsicherung wurde bereits zum damaligen Zeitpunkt diskutiert und es war zu erwarten, dass diese eingeführt wird und dass damit wirklich große organisatorische Veränderungen im Sozialamt anstehen. Zum heutigen Zeitpunkt kann man sagen, dass diese Umbauarbeiten aufgrund der Mindestsicherung eigentlich abgeschlossen sein sollten, also diese Begründung ist, glaube ich, nicht mehr schlagend. Als zweiten Grund hast du angeführt, der zweite Grund liegt in der Art der Tätigkeit und in den gesetzlichen Vorgaben im Sozialamt und ganz genau führst du an das Behindertenhilfegesetz, du sagst, in der Vollziehung des BHG ist die Struktur der Sozialraumorientierung auch nur bedingt tauglich, da die Leistungszuerkennung ja im IHB-Verfahren läuft. Es ist so, das IHB-Verfahren, da wird der individuelle Hilfebedarf festgestellt, das könnte natürlich auch vom Schwerpunktträger erfolgen. Also diese ganzen Argumente sind für mich nicht griffig. Ich bitte dich, dass du noch einmal Stellung nimmst, ob und wann du bereit bist, dein Amt in das Konzept der Sozialraumorientierung einzugliedern.

StRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Lieber Gemeinderat Hohensinner, lieber Kurt! Das Projekt Sozialraumorientierung hat nicht einen Zwischenstopp gehabt oder so ähnlich hast du es formuliert am 25. 9. 2008, sondern vielmehr richtig ist, es ist von beiden Ämtern abgeschlossen worden. Es ist vom Sozialamt abgeschlossen worden mit Rücksprache des Jugendamtes. Bezüglich der Mindestsicherung kann ich sagen, es macht schlichtweg keinen Sinn, bei der Mindestsicherung eine Sozialraumorientierung zu machen. Es macht einfach keinen Sinn, es ist eine Leistung,

die zu vergeben ist, es ist zu prüfen, ob Anspruch auf diese Leistung besteht, ja oder nein, und es gibt eine Leistung und diese Leistung heißt Geld, und da brauche ich keine Sozialraumorientierung. Und bezüglich des BHG kann ich nur sagen, dass IHB-Team das steht bitte im Landesgesetz und ich halte mich ans Landesgesetz (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Gerade im Jugendbereich ist ja auch das Jugendwohlfahrtsgesetz betroffen und da macht das Land eine Ausnahme. Du selbst warst Berichterstatteerin im Landtag, ich habe das nachgelesen und da könnte man natürlich auch das BHG im Rahmen eines Pilotversuches eingliedern, hier habe ich eine Unterlage gefunden, die gebe ich dir dann, Sozialraumorientierung in der Behindertenhilfe. Also es ist möglich. Ich habe mir deine Ämter durchgeschaut oder dein Amt, das Sozialamt, durchgeschaut, zirka die Hälfte der Aufgaben könnte man in diese Sozialraumorientierung eingliedern. Meine Zusatzfrage ist folgende, weil einerseits forderst du mehr Graz, aber irgendwie zu mehr Graz kommt man, wenn man die Lösungen anbietet, weil du nicht bereits bist, in die Sozialraumorientierung einzusteigen, denke ich, dass das jetzt nur Überschriften sind. Meine Zusatzfrage ist: Wir haben hier im Gemeinderat die Erstellung eines Sozialleitbildes beschlossen, wann wirst du dieses Vorhaben umsetzen (*Applaus ÖVP*)?

StRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Also lieber Kurt, um dich jetzt noch einmal zu korrigieren, im Jugendwohlfahrtsgesetz steht drinnen, dass das Amt schaut oder das Amt erhebt, welcher Hilfsbedarf besteht, im BHG steht drinnen, dass das IHB-Team was macht, das ist einmal ein grundlegender Unterschied.

Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.

StRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ja aber das IBH-Team stellt fest, welche Leistung, aha, gut. Zu deiner Frage. Für mich heißt das nicht, dass eine soziale Stadt ausschließlich dadurch erreicht werden kann, eine Sozialraumorientierung zu machen, das heißt es für mich nicht. Ich glaube, wir haben große Probleme in dieser Stadt, das habe ich am Samstag auch angesprochen, wie ich gehört habe, waren auch einige Zuhörerinnen und Zuhörer der ÖVP ja auch zugegen im Dom im Berg, also wisst ihr das ja ganz genau. Ich glaube, wir müssen uns jetzt einmal wirklich darauf konzentrieren, den großen Meilenstein 2012 zu schaffen und das ist der Sozialpass. Das ist einmal Punkt Nummer 1, den wir zu bearbeiten haben, und ich werde mich als Sozialstadträtin in diesem Jahr auch einer großen Aufgabe stellen, wir sind nämlich mit dem Problem konfrontiert, dass wir eine Endsolidarisierung in unserer Gesellschaft wahrnehmen und dass wir diese Endsolidarisierung auch in Graz wahrnehmen. Es gibt vermehrt Neid-Debatten, es gibt Debatten darüber, welche Sozialleistungen gerechtfertigt sind, welche nicht gerechtfertigt sind und da werde ich als Sozialstadträtin eine Sensibilisierungskampagne zu diesem Thema machen, damit die Gesellschaft wieder näher zusammenrücken kann, damit Werte wie Zivilcourage und Nachbarschaftshilfe in dieser Stadt wieder stärker aufleben können und darum habe ich zum Beispiel auch die Ehrenamtsbörse eingeführt. Also kurz zusammengefasst, eine soziale Stadt heißt für mich nicht eine Einführung der Sozialraumorientierung, meiner Meinung nach, das habe ich schon mehrfach ausgeführt, macht bei meinen Leistungen derzeit eine Sozialraumorientierung schlichtweg keinen Sinn. Im Bereich der Sozialarbeit haben wir uns inhaltlich natürlich an der Sozialraumorientierung bereits orientiert und da arbeiten wir auch gut zusammen, wir werden auch das Case-Management einführen, um dem Ziel zu folgen, dass Menschen möglichst kurz in der Mindestsicherung drinnen sind, ich glaube, das sind die großen Probleme, die Menschen haben nicht eine sozialere Stadt, nur wenn die Sozialstadträtin jetzt

partout die Sozialraumorientierung im Sozialamt einführt. Da gibt es andere Maßnahmen, die schneller bei den Menschen ankommen (*Applaus SPÖ*).

6) Stärkung der Nahversorgung

GR. **Eichberger** stellt an StRin. Mag^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Wenn die Fragestunde nur eine Stunde dauert und vielleicht auch noch andere Kolleginnen und Kollegen draufkommen, darf ich die beiden Damen vielleicht in der zweiten Reihe bitten, irgendwelche Zusatzfragen oder Verständnisfragen vielleicht nachher zu richten, damit die anderen Kollegen drankommen. Ich darf jetzt zu meiner Frage kommen, nachdem der Herr Bürgermeister mir das Wort erteilt hat und diese Frage richtet sich an die Frau Stadträtin Mag.^a Grabner. Sehr geehrte Frau Stadträtin! Vor allem in den Grazer Randbezirken sind auf der Stadtkarte der Nahversorger sehr viele weiße Flecken zu sehen. Dies führt natürlich dazu, dass vor allem weniger mobile Menschen, vor allem auch ältere Menschen, ein Problem haben, ihrem täglichen Einkauf entsprechend nachzukommen. Gleichzeitig böte sich durch eine entsprechende Initiative durch eine bessere flächendeckende Nahversorgung auch natürlich die Möglichkeit, da oder dort vielleicht neue Gewerbebetriebe zu schaffen, Menschen in Form der Selbständigkeit hier auch die Möglichkeit zu bieten, hier zu einem Einkommen zu gelangen und es wäre vor allem natürlich auch eine interessante Alternative zu den bestehenden Einkaufszentren. Interessanterweise ist es ja so, dass unter anderem sogar oder auch die Frau Vizebürgermeister Lisa Rücker hier anscheinend einen Handlungsbedarf sieht und geortet hat, indem sie im Mobilitätskonzept 2020, worauf sie ja vielleicht heute selbst noch darauf eingehen wird, hier gefordert hat, dass die Erreichbarkeit der Nahversorger für sie eine wesentliche Herausforderung darstellt und es eben hier ihr

darum geht, diese Prozentwerte, nämlich, dass man innerhalb von 300 Metern entsprechende Nahversorger hat, hier weiterzuverfolgen.

Ich darf dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, zuständig für Wirtschaftsangelegenheiten auch in dieser Stadt, jetzt fragen, wo liegen jetzt in deinem Ressort, oder durch dich geschaffen, nämlich Maßnahmen zur Stärkung der Nahversorgung in Graz (*Applaus SPÖ*)?

StRin. Mag^a **Grabner**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Klaus! Ich glaube, wir leben in der gleichen Stadt und wenn ich so herumspaziere und in den letzten Jahren auch durch die Straßen gegangen bin, allein in der Innenstadt, wo ein neuer BIPA ist, wo ein neuer Kastner & Öhler ist, mit einer Versorgung des SPAR, wo wir einen neuen SPAR nicht nur am Dietrichsteinplatz haben, wo sich immer mehr Nahversorgung, und wenn wir vom selben Begriff sprechen, im Wikipedia heißt es, Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des kurz- und mittelfristigen Bedarfs im engeren Umfeld der Wohnung. Zum Begriff der Nahversorgung fallen natürlich auch Tankstellen, Kioske, Lebensmittelhändler, auch die Marktstände, mittlerweile haben wir 12 Märkte mit regionalen Produkten, wir haben Hofläden, die wir ausbauen, wir haben nicht nur Erlebnisbauernhof, sondern hier auch sehr, sehr viele Initiativen im Bereich der Schulen, das heißt, es gibt ganz, ganz viele Betriebe, die sich neu angesiedelt haben und die im Hinblick auf Nahversorgung auch Erreichbarkeit uns beziehungsweise der Bevölkerung dienen. Weites angesprochen hast du die neuen Gewerbebetriebe. Ich freue mich, auch hier vielleicht eine Zahl nennen zu dürfen, im Jahr 2011 hatten wir 1.069 Neugründungen in der Stadt Graz. Alleine auch eines deiner Themen, obwohl ich dann noch zur Fragestunde komme, lieber Klaus, ist das Jakomini Viertel, ich darf vorwegnehmen, das ist ja eigentlich fast exklusiv für dich, 32 neue Unternehmen haben sich hier an gesiedelt und das ist selbstverständlich auch ein Bereich der Nahversorgung (*Applaus ÖVP*). Die Initiativen im Rahmen dieser

Nahversorgung ist natürlich, wie du richtigerweise gesagt hat, es gibt immer wieder Flecken und es gibt immer wieder weiße Punkte, wo man hinschauen muss, aber unsere Stadt wächst nicht nur mit Gewerbetreibenden, die mit Waren und Dienstleistungen auch arbeiten, sondern wir unterstützen sie auch im Rahmen des City-Managements und Stadt-Marketings mit Leistungen der Kundenbindungsmaßnahmen und unterstützen sie somit, dass sie sich auf ihr Kerngeschäft, auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren können und wir sie in den marketingtechnischen Maßnahmen dann auch noch unterstützen dürfen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger**: Herzlichen Dank, liebe Sonja, nur deine Antwort, die verwundert mich jetzt schon etwas. Du hast in den positivsten Zügen jetzt davon gesprochen, dass das mehr oder weniger alles toll läuft, dass es neue Gewerbebetriebe gibt und du sprichst von ganz, ganz wenigen weißen Flecken. Hier mag es vielleicht jetzt daran liegen, dass du erst sehr, sehr kurz in diesem Ressort tätig bist und darf vielleicht nur einige Punkte jetzt dazu sagen. Und zwar, das mit der Stadtkarte der Nahversorger und dass hier Graz sehr viele weiße Flecken aufweist, das stammt nicht von mir, sondern stammt vom Herrn Bürgermeister Mag. Nagl. Zwar nicht erst seit gestern, sondern bereits seit Oktober 2007, zufällig ein Jahr, wenige Monate vor der letzten Gemeinderatswahl. Und dass der Herr Bürgermeister diesem untragbaren Zustand ein Ende setzen wollte, hat die ÖVP und der Herr Bürgermeister Siegfried Nagl auch sehr klar und sehr deutlich und sehr oft in den Medien kolportiert und ich darf nur daraus zitieren: „Diese Lücken wir der Grazer Genussbus schließen.“ Möglicherweise, liebe Sonja, weißt du von dieser tollen Einrichtung nichts, wir alle, für die es in Vergessenheit geraten ist, so sollte oder soll dieser Genussbus ausschauen und die wenigsten von euch kennen den, so wie die wenigsten ein UFO gesehen haben, haben natürlich die wenigsten oder noch gar niemand jetzt diesen Genussbus entdeckt. Und wenn der Herr Bürgermeister selbst in seiner Homepage groß

ankündigt, die Lücken wird der Grazer Genussbus schließen, der künftig auch noch spätabends an bestimmten Orten Stationen machen wird, dort können Anwohner neben regionalen Produkten wie Fleisch, Milch, Gemüse, anderes alltäglich Benötigte einkaufen, der mobile Nahversorger kommt. Und hier darf ich nur auch zitieren und darauf hinweisen, es sind ja ganz nette Aussendungen hier, die kommen. Jetzt möchte ich von dir, sehr geehrte Frau Stadträtin, bei all deinen Bemühungen um das Wohl und die Belebung der Jakoministraße wissen, und nicht nur ich möchte das wissen, sondern zig Grazerinnen und Grazer, und jetzt wieder Spaß beiseite, die wirklich ein Problem haben, nämlich zu diesen Lebensmitteln und zu anderen Dingen zu kommen, wo fährt dieser Genussbus? Wo bleibt er stehen? Wie sind seine Öffnungszeiten? Und das wäre für die Grazerinnen und Grazer interessant und ich hoffe ja doch nicht, dass du jetzt ein Jahr vor der Wahl jetzt bekennen musst, dass es sich damals bei dieser Ankündigung des großen Genussbusses der ÖVP vielleicht um einen Gag gehandelt hat, dass man es bis dato nicht geschafft, den entsprechend zu adaptieren, dass er vielleicht irgendein Motorproblem hat seit viereinhalb Jahren oder aus welchen Gründen immer, dieser Genussbus jetzt noch immer nicht fährt.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Höre auf zu reden.

GR. **Eichberger:** Ich verstehe schon die Aufregung, Thomas Rajakovics, ansonsten seid ihr auch nicht so kleinlich bei der Verkündigung eurer großen Errungenschaften, und sich zu brüsten...

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich darf ersuchen eine Zusatzfrage zu stellen, ich habe heute schon den Herrn Gemeinderat Schröck darum ersucht, dass er diese stellt.

GR. **Eichberger**: Ich habe ja auch schon die Zusatzfrage gestellt, dass ich gerne wissen möchte, wo und wann fährt dieser Bus und wo kann man ihn sich den einmal wirklich persönlich anschauen und wo können vor allem jene Grazerinnen und Grazer, nämlich angeblich 800, die für diesen Bus eingetreten sind und wo der Herr Bürgermeister gesagt hat, 800 warten schon auf den Bus, wo können die tatsächlich ihr Gemüse, ihre Milch oder dergleichen einkaufen? Danke (*Applaus SPÖ*).

StRin. Mag.^a **Grabner**: Lieber Klaus! 2007, wir schreiben 19.1.1912, fünf Jahre sind vergangen, deine Frage lautete: Wie schaut es mit der Nahversorgung aus und jetzt einmal um diesen weißen Fleck, den wir benannt haben. Ja, den haben wir sehr, sehr gut hingekriegt, man kann nie alles hundertprozentig machen, aber es gibt eine sehr, sehr gute Nahversorgung. In den letzten Jahren hat sich einiges getan. Noch einmal zur Wiederholung, 1069 Unternehmensgründungen, allein die Lebensmittelmärkte und auch die Nahversorgung in den verschiedensten Bezirken haben sich um ein Vielfaches gesteigert. Jetzt komme ich aber gerne zu deinem Lieblingsthema, dem Genussbus. Das ist korrekt, der wurde nicht nur angekündigt, der steht auch im Koalitionspapier...

Zwischenruf GR. Eichberger: Und wo ist er.

StRin. Mag.^a **Grabner**: Wir schreiben, wie gesagt, den 19.1.2012, wir, die ÖVP arbeitet auch in einem Wahljahr, wir beginnen erst, wir beginnen nicht mit dem Wahlkampf, sondern wir arbeiten bis zum letzten Tage und dieser Genussbus, mein lieber Klaus, dieser Genussbus, der dort steht, ist ein Arbeitstitel, wie du weiß, man kann nur....

Zwischenruf GR. Eichberger: Das ist kein Arbeitstitel.

StRin. Mag.^a **Grabner**: ...ob er nun das heißt, mobiler Bus, Genussbus, Nahversorgungsbus, denn diese, wie du weißt, gibt es, sowohl im Bereich der Märkte, auch im Bereich der Bäcker, gibt es sehr, sehr viele Busse schon. Aber du wirst dich freuen können, mein lieber Klaus, du kannst es mir gerne zeigen, das ist wunderschön geworden, wenn nun die Orange oder Zitrone, ich sehe leider nicht so weit, obwohl ich gute Augen habe, doch dieser Bus wird kommen, wir arbeiten nicht nur daran, er ist in Bearbeitung und ich werde dich sehr, sehr herzlich einladen, wenn wir den Genussbus dann präsentieren...

Zwischenruf GR. Eichberger: Nach fünf Jahren?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Ja, so ist es, nach fünf Jahren, so ist es, herzlich eingeladen (Applaus ÖVP).

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 13.10 Uhr den Vorsitz.

7) Stand der Umsetzungsplanungen für die Neugestaltung des Geidorf-Platzes

GR. **Dreieibner** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Dreieibner**: Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, der Stadtregierung, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Bezirksrat in Geidorf hat in seiner ordentlichen Bezirksratssitzung am 16.11.2011 einen gemeinsamen Antrag aller im Bezirksrat vertretenen Fraktionen mit dem Ziel, den Geidorfplatz neu zu gestalten, verabschiedet.

Dieser Beschluss spiegelt die Wünsche der Betroffenen vor Ort wider: Es sind im Vorfeld des Beschlusses seitens der Bezirksratsmitglieder Gespräche mit AnwohnerInnen und Gewerbetreibenden geführt worden, Anregungen und Ideen der Bezirksbevölkerung sind in den Antrag miteingearbeitet worden – nicht zuletzt im Zuge der Beteiligungsmöglichkeiten, die durch eine Stadtteilversammlung im September des vergangenen Jahres geboten wurden.

Die BürgerInnen haben sich auf diverse - großteils rasch und unaufwendig umsetzbare Punkte – geeinigt. Diese wäre zum Beispiel der Entfall einiger Stellplätze am Platzbereich, teilweise um mehr Freiraum und Sitzplätze für die Menschen zu gewinnen, teilweise um an den Markttagen für die MarktbesucherInnen mehr Platz zu gewinnen. Ein breiter Wunsch sind Verkehrsmaßnahmen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), etwa mehr Schutz vor Straßenlärm, eine Radwegelösung im Bereich Geidorfplatz – Bergmannngasse oder eine behindertengerechte Gestaltung der Bushaltestellen. Die Einrichtung eines Brunnens, die Neugestaltung der Müllinsel und mehr Platz für die fixen Stände am Platz selbst sind weitere Blitzlichter aus diesem Antrag.

Seitens Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker habe ich starke Signale erhalten, dass Planung und Umsetzung der verkehrsrelevanten Maßnahmen sofort in Angriff genommen werden könnten, allerdings kann nur die Stadtplanung den Startschuss für eine gesamtheitliche Neugestaltung des Geidorf-Platzes geben.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Werden Sie dem einstimmigen Beschluss des Bezirksrates Geidorf sowie dem breiten Wunsch der dort ansässigen Bevölkerung nachkommen und die Neugestaltung des Geidorf-Platzes noch in diesem Jahr umsetzen (*Applaus Grüne*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Eine Umgestaltung des Geidorf-Platzes wurde im Bezirksrat Geidorf lange diskutiert. Im Juni 2009 und zuletzt im November 2011 dann noch einmal behandelt. Während ursprünglich eine grundlegende Neugestaltung im Gespräch war, liegt nun ein Antrag des Bezirksrates vor, der kleinere bauliche, gestalterische und verkehrsorganisatorische Veränderungen zum Gegenstand hat und jetzt, Gott sei Dank, einstimmig verabschiedet wurde. Die Stadtplanung und die Stadtbaudirektion, eine ist für die Planung, die andere für die Umsetzung zuständig, erarbeiten derzeit eine Beantwortung, vorab kann schon mitgeteilt werden, dass zumindest ein Teil der Maßnahmen fachlich befürwortet wird. Wie rasch eine Planung und Umsetzung erfolgt, wird von der Priorisierung und Mittelverfügbarkeit abhängen. Nachdem wir hier nicht nur das Bezirksinteresse, sondern das gesamtstädtische Interesse im Auge zu behalten haben, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass wir, was finanzielle Ressourcen und auch Kapazitäten in den Ämtern anbelangt, ganz schön gefordert sind mit der Umgestaltung aller Plätze entlang der Annenstraße, mit dem Südtirolerplatz, mit der gewünschten

Beauftragung, nachdem wir dann die Verkehrslinie fortgesetzt haben des Griesplatzes, sodass in der Prioritätenreihenfolge der Geidorfplatz von den Ressourcen her, sage ich, etwas weiter hinten kommt. Aber wir schauen uns einmal an, was ist vielleicht auch laufend umzusetzen und zu machen, weil Bänke und ein paar Dinge gehen vielleicht schneller, das ist der momentane Stand. Sobald wir, wie gesagt, von den Fachabteilungen, und zur Stadtbaudirektion gehört dann natürlich auch das Verkehrsressort mit hinzu, werden wir beraten, wie wir das umsetzen oder in welchen Schritten wir das umsetzen. Die abschließende und detaillierte Antwort an den Bezirksrat soll noch im Februar ergehen, so sagt mir das das Amt (*Applaus ÖVP*).

GR. Dreisiebner: Es gibt eine Zusatzfrage. Schön zu hören, danke Herr Bürgermeister, dass es in diesem Jahr die Aussicht gibt, dass man zumindest beginnt. Natürlich ist mir, ist auch den Kolleginnen und Kollegen in den Bezirksräten bewusst, dass es Kapazitätenprobleme, aber auch natürlich finanzielle Ressourcenfragen gibt, bevor man Dinge großartig angeht. Ein weiterer Punkt, damit komme ich zur Zusatzfrage, Herr Bürgermeister, ist, dass Einbeziehung von Interessensvertretungen, LobbyistInnengruppen usw. in den Prozess frühzeitig gefordert ist zum einen, und zum anderen vor Abschluss der Planungen auch die BürgerInnen noch einmal informiert werden sollen, das ist der Wunsch des Bezirkrates, wo Änderungen noch möglich sind. Sind Sie dazu bereit, etwa Lobbyistengruppen wie die RadlerInnenlobby, Kinderbüros, SeniorInnenvertreter etc. Wirtschaftstreibende, Vertretungen eben einzubinden und eben die BürgerInnen noch einmal zu informieren (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. Nagl: Herr Gemeinderat, Sie wissen ja, dass wir jetzt bei großen Umgestaltungen selbstverständlich, dafür haben wir auch eine eigene Persönlichkeit

jetzt in der Stadtbaudirektion eingestellt, alle betroffenen Gruppen, ob das Wirtschaft ist, ob das Bewohner sind, ob es Initiativen sind, immer in den Planungsprozess miteinladen. Wenn es ein wirklich großes Projekt ist, ich weiß jetzt selber nicht, was da fachlich befürwortet wird und was zum Schluss herauskommt, aber selbstverständlich sollen wieder alle, die jetzt auch im Vorfeld schon mit dem Bezirksrat gearbeitet haben, wieder mit dabei sein (*Applaus ÖVP*).

8) Behandlung des KPÖ-Dringlichkeitsantrages vom 12.5.2011

GRin. **Schloffer** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. **Schloffer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage betrifft eine Behandlung des dringlichen Antrages vom 12. Mai 2011. Der Gemeinderat hat am 12. Mai 2011 mehrheitlich einen von mir eingebrachten Dringlichkeitsantrag mit dem Schwerpunkt „Stadtverschandelung durch Gratiszeitungen und Prospekte“ angenommen, die FPÖ war damals dagegen. Der Antragstext lautete folgendermaßen: „Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt die zuständigen Stellen, auf die Zeitungs- und Prospektverteilungsfirmen einzuwirken, damit die Ablagerung von Gratiszeitungen im Freien (vor Haus- und Geschäftseingängen) abgestellt wird.“

Diesem dringlichen Antrag wurde bis jetzt nicht entsprochen. Das geht aus der Mitteilung vom 9.11.2011 hervor, die mir Anfang dieses Jahres zugestellt wurde. Darin, Herr Bürgermeister, schreiben Sie als Antwort: „Hiezu teilt mir das Straßenamt im Einvernehmen mit der Bürgermeisterstellvertreterin Folgendes mit: Es wurde seitens des Straßenamtes mit der Ordnungswache, dem Grazer Parkraumservice und der Holding Graz Services Straße vereinbart, dass derartige Verunreinigungen bei der Holding zu melden sind. Es folgt eine Beseitigung der Verunreinigung, in der Folge die

Kostenverrechnung. Außerdem wird Anzeige erstattet.“ Von einer Anzeige wollte ich bei meinem dringlichen Antrag wirklich nichts.

Der beschlossene Antrag sieht aber ausdrücklich vor, auf die Zeitungs- und Prospektverteilerfirmen als Verursacher einzuwirken und Gespräche zu führen, denn ich sage immer, beim Reden kommen die Leute zusammen und vielleicht kann man darüber Lösungen finden, das habe ich gedacht, aber dem war es nicht so.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Frage:

Warum wurde der beschlossene Dringlichkeitsantrag „Stadtbildverschandelung durch Gratiszeitungen und Prospekte“ – wie oben geschildert – nicht laut Antragstext behandelt (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Wie Sie wissen, liegt mir das äußere Erscheinungsbild von Graz genauso am Herzen wie Ihnen, das ist einfach fürchterlich zu sehen, wenn in der Früh der erste Windstoß kommt und alle Zeitungsblätter durch die Straße fliegen. Es ist leider bislang durch das Reden, und das hat stattgefunden, noch nicht gelungen, zu einer Änderung zu kommen. Ich habe jetzt auch von der Holding, aber auch vom Straßenamt einige Informationen, vielleicht einmal folgende: Bei Ablagerungen von Zeitungen auf öffentlichen Verkehrsflächen handelt es sich um eine verkehrsfremde Nutzung im Sinne des § 82 StVO. Mit den zuständigen Firmen wurden bereits seit längerer Zeit Verhandlungen bezüglich der Nutzung des öffentlichen Gutes der Zeitungen geführt. In diesen Verfahren sind zahlreiche Themen zu behandeln. Als ein Themenschwerpunkt wird dies vor allem auch wegen des gegenständlichen Antrages, die Ablagerung von Gratiszeitungen, geführt. Ende

Februar wird voraussichtlich ein Gesprächstermin stattfinden. In der Beantwortung des Antrages wurde lediglich die bereits bestehende Lösung angeführt und das bedeutet, dass in schweren Fällen sogar Anzeigen erfolgen und auch Strafen ausgesprochen werden. Aber ich hoffe, dass durch das Reden miteinander auch einmal darauf eingegangen wird. Wir haben zwei Fälle bei den Gratis-Zeitungen und auch bei den vielen Prospekten haben wir einmal die Siedlungsgebiete, die Häuser und die Wohnungen, da gibt es ja auch mittlerweile sehr viele, die den Aufkleber „Keine Reklame erwünscht“ verwenden, auf das wird vor der Türe Rücksicht genommen oder, wenn ich sagen darf, vor der Wohnungstüre, aber wo immer du rein kommst, in jeden Hauseingang liegt, wenn ich so sagen darf, noch schneller verteilt im Eingangsbereich, auf den Postkästen oder auch davor, diese Papierflut, um nicht noch härtere Worte für diesen Werbewahnsinn auch zu finden, den wir da haben und dann gibt es eben die Gratiszeitungen, die ausgeteilt werden und leider zu einem Zeitpunkt, wo die Geschäfte noch geschlossen haben, dann fliegen sie vor die Türe, manche nehmen sie natürlich dann auch ins Geschäftslokal, viele kommen aber, wie gesagt, gar nicht mehr dazu, weil es schon regnet oder der Wind reinfährt und dann schaut es so aus, wie es aussieht. Aber wir werden dranbleiben und auch Ihre heutige Anfrage hat wieder allen klargemacht, dass es uns ein Anliegen ist.

GRin. **Schloffer:** In einem Gespräch mit dem Herrn Hrubisek sind wir draufgekommen, ich meine was anderes als er. Ich meine jede einzelne Zeitung, die jetzt vor einem Geschäft hingelegt wird, das es schon drei Jahre nicht mehr gibt. Oder, zu Weihnachten, da sind ja eine ganze Woche die Geschäfte zugesperrt, die Zeitungen liegen dort. Es geht mir um jede einzelne Zeitung. Der Herr Hrubisek hat gedacht, er meint den Stapel, wo nachher die Bandeln aufgeschnitten werden, wo die Bandeln auch liegen bleiben, also ich meine jetzt nicht die Ablagerungen stößeweise, sondern jede einzelne Zeitung, die beim Greißler hingelegt wird, der erst am Montag aufsperrt, der Frisör, der am Dienstag aufsperrt. In der Zwischenzeit wird jede

einzelne Zeitung vom Winde verweht. Und das ist dann der Eindruck der dreckigen Stadt, weil die Papierfetzen herumliegen, das ist das, was mich stört. Man arbeitet im Land an einem Reinhaltengesetz mit Strafen und ich denke, das wäre vorbeugend, damit man den Dreck schon gar nicht sieht und die Zeitungsblätter sieht, die eh keiner mehr liest, das schadet ja keinem Zeitungsherausgeber, das schadet ja niemandem, die liest ja eh keiner, da geht und fährt ein jeder drüber, wird eh nicht gelesen. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass von der Holding jetzt wer mit einem Wagerl dorthin fährt extra und eine Zeitung aufklaubt, nur weil dort einer angerufen hat und angezeigt hat und die Polizei muss man dann... es ist so was von...ich habe gedacht, das kann man leichter lösen, aber dass es so kompliziert geworden ist, das war nicht in meinem Sinne, dass so viele Leute damit beschäftigt werden, nur damit eine Zeitung vielleicht nicht hingelegt wird, wo sie nicht liegen soll, die eh keiner liest. Dankeschön, die Frage, das ist eine Zwischenlösung des Antrages?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, meine Bitte ist wirklich, weil sonst kommen andere wirklich nicht dran, dass man Zusatzfragen stellt. Ich glaube, das Thema ist klar rübergekommen, bevor wir den ganzen Verwaltungsapparat da weiter mit Paragraphen beschäftigen, werde ich die vier Blätter oder die vier Zeitungen, über die wir reden mit den Chefredakteuren beziehungsweise auch mit jenen, die für die Verteilung dann zuständig sind, einmal persönlich kontaktieren und sie einfach bitten, vor Geschäftslokalen die Zeitung auszulassen, wenn das Geschäft noch zugesperrt sein sollte. Ist es ein Café, das offen hat, bringen sie es eh rein und dann hätten wir diese Problematik vielleicht einfach gelöst.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe heute am Beginn vergessen, mich zu bedanken. Sie werden heute alle eine CD auf Ihrem Platz vorgefunden haben, es ist der Menschenrechtsbericht der Stadt Graz vom Jahr 2010, und ich bedanke mich beim Menschenrechtsbeirat, aber auch bei Brigitte Köksal und ihrem Team, dass sie diesen Integrationsbericht wieder zur Verfügung gestellt hat in elektronischer Form.

9) Jakomini-Viertel: Stand der Dinge

GR. **Hötzl** stellt an StRin. Mag.^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Die Anwohner und Gewerbetreibenden des Grazer Jakomini-Viertels warten bereits seit geraumer Zeit auf eine Attraktivierung und Aufwertung ihres Viertels durch die Grazer Stadtregierung, wie bereits angekündigt vor Jahren.

Ihre jüngsten Belebungsversuche, sehr geehrte Frau Stadträtin, konnten zumindest ein für die Stadt finanziell wirksames und ein sichtbares Ergebnis zeitigen. So wurde einerseits eine eigene Managerin für das Jakomini-Viertel eingestellt und andererseits sehr plakativ – als visuelle Klammer – eine rote 750-Meter-Laufbahn, Sie sagen weltweit bekannt, durch das Viertel gelegt. Ich habe bereits in der Gemeinderatssitzung vom Oktober 2010 nach den Kosten Ihrer Maßnahmen gefragt.

Nun scheint es auch an der Zeit, die von Ihnen ergriffenen Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.

Ich richte daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, nachstehende

Frage:

Wie ist der Stand der Dinge im Jakomini-Viertel unter Berücksichtigung der von Ihnen ergriffenen Maßnahmen und deren Auswirkungen (*Applaus FPÖ*)?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Gerne teile ich Ihnen das mit, ich kann mich auch erinnern, dass Sie mir die Frage gestellt haben, aber Sie waren dann leider bei der Fragestunde nicht da, deswegen konnte ich keine Antwort geben. Aber jetzt freue ich mich, dass ich dazu komme. Ja, wir haben nicht nur warten müssen und die Unternehmerinnen und Unternehmer in dieser Straße, auch die Menschen, die sich dort angesiedelt haben und Gewerbetreibende wurden, und zwar seit Beginn des Projektes, es sind die drei Jahre noch nicht vergangen, haben sich 32 Unternehmen dort angesiedelt auf insgesamt 21 Flächen unter dem Motto auch des Unternehmensseins und in diesem Sinn bin ich wirklich froh, dass wir auch politisch nichts unterlassen haben, um das Viertel zu beleben. Wie wir gemeinsam auch wissen, war dieser politische Wille auch durch drei Gemeinderatsbeschlüsse rund um das Pilotprojekt unterstrichen. Seit Beginn, und nun konkret zu den Maßnahmen auch und Investitionen, abgesehen von den Beschlüssen wurden die Häuser 3 bis 5, 7, 7a, 30, 32, 34 und 12 verkauft. Bei den ersten drei genannten Häusern heißt der neue Eigentümer Pluto GmbH, hier werden in Kürze die Sanierungen stattfinden. Jakoministraße 30, 23, 34 befindet sich im Eigentum von Sistar, Jakoministraße 12 im Besitz eines privaten Investors. In der Klosterwiesgasse 3 wurde das entsprechende Gebäude an Wesiak-Immobilien verkauft, hier sind die Pläne für die Sanierung bereits eingereicht. Im Herbst 2012 wird in der Jakoministraße 3-5 mit dem Umbau begonnen und in der Zwischenzeit ist das Gebäude, das Sie vielleicht unter der Bezeichnung „Wilder Mann“ kennen, an die Oper vermittelt und das wollten die Investoren auch so, dass es weiter vermietet bleibt. Jakoministraße 7/7a ein Wohnprojekt wird darin entstehen, Jakoministraße 8 wurde bereits saniert und neu vermietet. Jakoministraße 12 ein neuer Mieter, ein Fotostudio, 26 ebenso saniert, die benachbarten Häuser 30, 32 stehen kurz davor. Das heißt, insgesamt haben sieben

Häuser allein in zweieinhalb Jahren, nicht einmal zweieinhalb Jahren ihren Besitzer gewechselt und die laufenden Investitionen zeigen, dass das Jakomini Viertel und auch die Laufbahn an Tempo gewonnen hat und immer weiter nach vorwärts getrieben wird. Die mediale Präsenz und Bewerbung war hundert Mal stärker als in den letzten 20 Jahren, und auch an schwachen Tagen gehen fast um 1500 Menschen mehr durch diese Straße in den letzten eineinhalb Jahren als die Jahre zuvor. Eine Sache noch, wir haben dort keine Managerin eingestellt, die Frau Pia Paiarl, ich begrüße Sie recht herzlich, macht dieses Projekt wirklich unter ganz, ganz, nicht nur mit vollem Elan, mit voller Kreativität, sondern sie ist eine selbständige Unternehmerin, die sich um die Unternehmen und auch um die Zusammenlegung der Wohnhäuserblöcke und Beratung bereitgestellt hat und bereit erklärt hat, dafür tätig zu sein. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Hötzl:** Pia Paiarl, Managerin, da habe ich nur das Zitat genommen aus dem Antrag, das Zitat von Ihnen und auch aus den Medien, sollte das falsch sein, dann bitte um Entschuldigung darum. Sie haben jetzt groß und breit erzählt, wie viele neue Häuser saniert worden sind, verkauft worden sind, die Hausbesitzer freuen sich, der Haus- und Grundbesitzerbund dankt. Wie viele neue Unternehmer sich angesiedelt haben, haben Sie mir auch gesagt, wie viele haben aber gekündigt, man liest auch hin und wieder, dass einige gekündigt haben. Thema, Fashionlab, wie viele haben gekündigt? Was ist der Plan für die Zukunft? Gibt es Vorverträge? Gibt es vielleicht sogar Kündigungen, neuerliche Kündigungen? Wie schaut es mit dem Förderungstopf aus? Ist der leer usw. Initiativen ihrerseits, gibt es irgendwelche Investitionen für die Zukunft? Thema Laufbahn, wird noch etwas investiert? Solche Sachen hätten mich mehr interessiert, nämlich die wirtschaftliche Basis, die Jungunternehmer, wie viel siedeln sich an? Wie viele haben schon das Handtuch geworden usw.?

StRin. Mag.^a **Grabner**: 32, wie eingangs erwähnt, haben sich angesiedelt, 32 Unternehmen neu in den letzten eineinhalb Jahren. Sieben Häuser, das ist korrekt, wurden gekauft von Investoren und privaten Investoren. Die werden nun vermietet und es ist die Aufgabe der Stadt, auch im Rahmen der Wirtschaftsförderung, das heißt, wir sind behilflich, dass sich dort Unternehmen ansiedeln. Wie jeder Neugründer, nicht nur im Jakominiviertel, noch einmal zu betonen, bekommen unsere Gründer und Gründerinnen auch im Rahmen Klub der Gründer, Unterstützung und auch Mietförderungen, die geprüft werden, nicht nur in diesem Viertel. Wir als öffentliche Hand und Stadt können die Rahmenbedingungen stellen und auch unterstützend tätig sein. Wir können behilflich sein den Hausbesitzern und Investoren, dass dort auch ein kreatives Viertel weiter entsteht und sich bildet. Ich kann aber keinem Besitzer vorschreiben, wer sich ansiedelt, ich kann auch keinem Unternehmen sagen, wie er zu tun hat und wenn wir von Unternehmen auch sprechen, die dort von uns unterstützt werden im Rahmen von öffentlichen Mitteln, die die unternehmerisch nicht mehr sich es leisten können oder auch diese Tatkraft nicht mehr haben, die können wir nicht auffangen, denn es kann nicht unsere Aufgabe sein als öffentliche Hand, auch Dinge weiterzuführen, wofür jeder selbst Verantwortung hat, denn es geht um Leistung und um Verantwortung und Unternehmertum, heißt selbst zu tun und selbst und das ständig zu arbeiten. Selbstverständlich gibt es Stammtische, Frühstückstreffen, Austausch und dieser Austausch zwischen den Unternehmen sowohl in der Jakoministraße als auch Klosterwiesgasse und hinzu, nämlich es melden sich viele andere Straßen an, die da gerne mittun würden, die tauschen sich wunderbar aus und das ist unsere Aufgabe, dieses Netzwerk weiter bestehen zu lassen (*Applaus ÖVP*).